

**762 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP**

## **Bericht**

### **des Finanz- und Budgetausschusses**

#### **über die Regierungsvorlage (695 der Beilagen): Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur Sonderfazilität für die Länder südlich der Sahara (SAF)**

Mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf soll die Ermächtigung für die Leistung eines Beitrages zur Sonderfazilität für die Länder südlich der Sahara geschaffen werden.

Die Schaffung einer Sonderfazilität für diese Länder (Special Facility for Sub-Saharan Africa, SAF) wurde während der Weltbanktagung 1984 als Beitrag zum international allgemein akzeptierten gemeinsamen Aktionsprogramm für die Länder südlich der Sahara vorgestellt. Verhandlungen der Geberländer fanden am 31. Jänner und am 1. Feber 1985 in Paris statt. Bei diesen Verhandlungen sagte Österreich — vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung — die Leistung eines Beitrages in Höhe von 10 Millionen US-Dollar zu, das sind zum Stichtag 1. Feber 1985 222 800 000 Schilling.

Der gegenständliche Resolutionsentwurf wurde am 21. Mai 1985 vom Direktorium der Weltbank

angenommen. Die im Rahmen dieser Fazilität zugesagten Beiträge sollen bis spätestens 30. Juni 1988 geleistet werden; die Beitragsleistung kann jedes Geberland flexibel gestalten, doch sollen auf jeden Fall zwei Drittel der Gesamtleistung bis 30. Juni 1987 erfolgen. Österreich nimmt in Aussicht, drei gleiche Raten in den Jahren 1986, 1987 und 1988 zu bezahlen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 4. November 1985 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Finanzen Dkfm. Dr. Vranitzky das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (695 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1985 11 04

**Veleta**

Berichterstatter

**Kurt Mühlbacher**

Obmann